



Unabhängigkeitstag der Ukraine – Fanal gegen ihre Unterjochung?

Dr. Klaus Olshausen

August 2024

Zusammenfassung

Am 24. August feierte die Ukraine ihren 33. Tag der Unabhängigkeit mit Stolz und Freude, aber zum zehnten Mal im Kriege gegen Russland auch mit Wut und Ärger und vor allem in der Trauer um viele Tote. Neben vielen starken Worten der Unterstützung und Zusagen von militärischen Lieferungen drücken sich die Regierungen um Aussage und Handeln herum, die für ein freies Europa unverzichtbar sind: **Russland stoppen und in seine anerkannten Grenzen zu verweisen**. So sind die einen bereit, die Unterjochung der Ukraine auch mit einem Diktatfrieden für ein unsicheres Schweigen der Waffen hinzunehmen. Andere helfen recht massiv, aber unter den Beschränkungen der Selbstabschreckung und der Stimmungen im eigenen Lande. Deshalb verlängert sich der Krieg mit dem Leiden der Ukraine, statt mit „whatever it takes“ und hoher Geschwindigkeit der Unterstützung Russland zurückzudrängen – ein Fanal gegen die Unterjochung der Ukraine und für ein freies Europa in Frieden.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Am 24. August musste die Ukraine den 33. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit zum zehnten Mal im Krieg begehen – mit dem Stolz und der Freude, dies erreicht zu haben, aber auch mit Ärger und Wut – vor allem aber Trauer über die Verluste, sich schon so lange dem brutalen Angriff Russlands erwehren zu müssen.

Aus Anlass dieses Tages gab es von vielen Regierungen starke Worte der Unterstützung, ja erneut – wie von Bundeskanzler Scholz – Erklärungen „der anhaltenden und unverbrüchlichen Solidarität“. Der polnische Präsident Andrzej Duda und die Ministerpräsidentin von Litauen, Ingrida Simoyte, waren dazu persönlich nach Kiew gereist. Diese unterstrich noch einmal: „Unsere Position ist bekannt und einfach: Die Ukraine muss gewinnen, Russland muss verlieren“. Denn Litauen weiß, dass jedes andere Ergebnis für ihr Land eine unmittelbare Gefahr auslöst. Noch einmal unter russischem Joch ist keine Option. Und deshalb liefert das Land, was immer möglich ist zum Kampf an die Ukraine. Auch Präsident Biden verbindet die Erklärung der Unterstützung mit einem weiteren 125 Mio. Dollar starken Paket mit Waffen, Munition und Ausrüstung.

Dennoch zeigt sich in der Art des Umgangs mit diesem Krieg, dass die Staaten der NATO, der EU und der Partner sich weiter um Aussage und Handeln herumdrücken, die für ein künftiges freies, unabhängiges Europa unverzichtbar sind: **Das imperiale Russland ist zu stoppen und in seine anerkannten Grenzen zu verweisen.**

Besonders deutlich wird es daran, dass v.a. Amerika nicht bereit ist, die gelieferten weitreichenden Waffen auch auf russischem Gebiet einsetzen zu lassen, und Deutschland diese Waffe – z.B. den MFK-Taurus, gar nicht erst bereitstellt. Die entlarvende Aussage eines Vertreters der Biden Regierung, dass ATACMs die Flugplätze nicht erreichen könnten, auf die die Russen ihr Einsatzflugzeuge zurückverlegt hätten, verkennt, wie viele weitere militärische Objekte in Russland den Angriff nähren, gerade auch im Donbass.

Seit über zwei Jahren suche ich klar zu machen, dass die Aggression Russlands erst und nur zu stoppen ist, wenn nicht mehr nur „solange wie nötig“, sondern endlich „alles was nötig ist“, die Grundlage des eigenen Handelns wird. EZB-Präsident Draghi hatte 2012 in der Eurokrise das unverrückbare Ziel, den EURO zu retten, nachdrücklich formuliert. Staaten der G7, der NATO und der EU haben die Möglichkeit und die Macht „alles zu tun, um Russlands Aggression zu stoppen“ und sie können hinzufügen: „it will be enough“. Abgeordnete der Regierungsparteien und der CDU haben dies in einem Beitrag in der FAZ vom Samstag zum Ausdruck gebracht und hinzugefügt, dass Schnelligkeit dabei ausschlaggebend sein wird.

Aber viele Verkünder der Putinschen Erzählungen wie Saha Wagenknecht versuchen, der Bevölkerung vorzumachen, dass eine Unterjochung wesentlicher Teile der Ukraine hinnehmbar sei und für den (Diktat-) Frieden die Waffen schweigen sollten. Denn Russland verfolge ja keine weiterreichenden Ziele in Europa. Alle Menschen, die nur zu gerne und möglichst schnell wieder in die Gemütlichkeit ihrer Wohlfühl-Zone zurückkehren wollen, greifen diese falschen und eben nicht nur für die Ukraine fatalen “fake news“ auf. Wenn die drei Landtagswahlen im September bestätigen, wie weit dieser Bazillus schon um sich gegriffen hat, ist zu befürchten, dass neben die anhaltende Selbstabschreckung der Regierung vor wichtigen militärischen Maßnahmen für die wirksame Verteidigung der Ukraine, die Bereitschaft tritt, diesen Stimmungen in der Bevölkerung, die durch die eigenen Einflussagenten des russischen Narrativs kräftig geschürt werden, für das eigene Handeln Gehör zu schenken, statt diesen unsäglichen „Erzählungen“ mit der gebotenen Klarheit für eine freie, unabhängige Ukraine als einer Bedingung für das freie Europa entgegenzutreten.



Wenn alle Regierungen immer wieder festhalten, dass der Kampf und die Verteidigung der Menschen in der Ukraine auch für die eigene Freiheit unverzichtbar sind, dann ist es an der Zeit vorzubereiten, gemäß Artikel 51 der VN-Charta, die russische imperiale Walze zu stoppen mit dem Fanal der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung: „Alle für einen, einer für alle“. Der Artikel 51 lässt das zu. Und das Verhindern einer russisch unterjochten Ukraine und das notwendige Zurückweisen des imperialen Russlands in seine anerkannten Grenzen verlangen das Handeln einer solchen Koalition der Willigen.

Denn 140, ja 141 Staaten der Vereinten Nationen haben im März 2022 den Angriffskrieg eindeutig verurteilt und im März 2023 den Rückzug aller russischen Streitkräfte und Besatzungsorganisationen aus der Ukraine gefordert. Das Durchsetzen dieser Aufforderungen der Generalversammlung scheitert nicht an Ländern wie Litauen oder Polen, sondern trifft auf die Zurückhaltung v.a. Amerikas und Deutschlands. Beide rationalisieren das so verlängerte Leiden und Sterben der Ukrainer mit ihrer Verantwortung, einen „dritten Weltkrieg“ zu vermeiden. Dafür, dass diese Beurteilung gerechtfertigt ist, spricht allerdings nicht mehr, als dass eine voll umfängliche Unterstützung der Ukraine – ohne den Einsatz eigener Truppen – das Zurückdrängen Russlands aus der Ukraine wahrscheinlich machen kann – ein Fanal gegen die Unterjochung der Ukraine und für ein freies Europa in Frieden.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen